

Liebe Mitglieder der Berliner Gewerkschaften,

wollt Ihr wirklich **die Vernichtung der Lausitzer Dörfer** wie Proschim, Kerkwitz, Atterwasch, Grabko, Rohne, Mühlrose, Mulknitz, Schleife, Trebendorf etc. **für Braunkohle?**

Wir können es nicht glauben. Aber genau das fordert der DGB Bezirk Berlin Brandenburg in seinen „Anforderungen an die künftige Landespolitik in Berlin“:

„Die europäische Metropole Berlin ist auf eine jederzeit sichere, bezahlbare und ökologisch ausgewogene Stromversorgung angewiesen. Dies wird ... insbesondere durch die heimische Braunkohle in der Lausitz mit ihren leistungsfähigen Tagebauen mit einer Reichweite bis weit in dieses Jahrhundert ...gewährleistet.“ (S. 17)

Die „Anforderungen ...“ wurden wie Wahlprüfsteine zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses im Sept. 2016 verfasst. Alle Mitgliedsgewerkschaften des Berliner DGB haben das 28-Seiten-Papier inkl. dieser Passage unterschrieben.

### **Aber - Das Klima wartet nicht!**

Um den Kohleausstieg sozialverträglich zu gestalten und planbar zu machen, braucht es ein verbindliches Ausstiegskonzept.

Das liegt im Interesse aller ArbeitnehmerInnen, der Unternehmen, der Kommunen und der gesamten Lausitz, denn dann hört die Verunsicherung auf, ob neue Tagebaue erschlossen und weitere Dörfer vernichtet werden sollen.

Selbst für Berlin hat die Fortführung der Tagebaue in der Lausitz negative Folgen. „Wir schlagen Alarm“, lässt sich der Pressesprecher der Berliner Wasserbetriebe, Stefan Natz, zitieren. Es sind überwiegend die aktiven Tagebaue, die den Sulfatgehalt des Berliner Trinkwassers in bedenklichem Maße steigen lassen. Die Braunkohle-Tagebaue mit ihrem ausgewaschenen Eisenocker sorgen bereits für eine teilweise Braune Spree. Das beunruhigt schon viele BerlinerInnen.

Wir nehmen nicht an, dass Ihr es richtig findet, wenn sich die Kohlekonzerne auf 'die Gewerkschaften der deutschen Hauptstadt' berufen und sagen, die Mitglieder des DGB Berlin wollen neue Braunkohle-Tagebaue in der Lausitz. Das ist aber die Folge, wenn Ihr nicht für die Streichung dieser Passage sorgt.

Laut Umfragen (aus 2014 u. 2015) lehnen mehr als 2/3 der Deutschen neue Tagebaue ab. Denken die GewerkschafterInnen in Berlin so viel anders?

Manche sagen, bei DGB-Beschlüssen sei diejenige Gewerkschaft federführend, die die meisten Beschäftigten in dem Bereich hat. Aber Gesetz ist das nicht. Es ging auch schon anders. Die meisten Gewerkschaften haben keine Kohle-Beschlüsse, weder Pro-, noch Kontra, weder auf Bundes-, noch auf Landesebene. Das ist eine gute Grundlage, um das extrem klimaschädliche Bekenntnis zur Lausitzer Braunkohle „bis weit in dieses Jahrhundert“ unverzüglich aufzuheben.

Wir freuen uns auf Eure Aktivitäten und Rückmeldungen.

Mit solidarischem Gruß

Klimaaktive (Gewerkschaftsmitglieder) nicht nur aus der Lausitz

V.i.S.d.P. K.Weitze, Frankfurter Straße 2, 03046 Cottbus, Kontakt [astridmatthiae@gmx.de](mailto:astridmatthiae@gmx.de)